

Flüchtlingen eine Perspektive bieten – aus der Perspektive der Flüchtlinge



Dokumentation der Landesweiten Konferenz von amfn e.V.
am 14. November 2015 in Hannover
(Vorgetragene Vorträge)

INHALTSVERZEICHNIS

ERÖFFNUNG	1
EINFÜHRUNG	6
ZUWANDERUNG ALS CHANCE UND HERAUSFORDERUNG – DIE AKTUELLE ENTWICKLUNG DER FLÜCHTLINGSSITUATION IN NIEDERSACHSEN	14
INTERNATIONALE FLÜCHTLINGSSTRÖME UND ZUWANDERUNG NACH NIEDERSACHSEN	22
MENSCHENRECHTSORIENTIERTE FLÜCHTLINGSPOLITIK: ERFAHRUNGEN AUS SCHWEDEN, PERSPEKTIVEN FÜR EUROP	42
BERICHT ÜBER DIE LANDESWEITE KONFERENZ VON AMFN E.V.	52
DER FORDERUNGSKATALOG DER KONFERENZ AM 14.11.2015	56
EINBLICKE.....	58

ERÖFFNUNG

Habib Eslami
Amfn e.V. Geschäftsführer



Sehr geehrte Ministerin Cornelia Rund,
Sehr geehrte Mitglieder des Landtages
Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich möchte Sie im Namen von amfn sehr herzlich willkommen heißen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am 13. November (Tag vor der Konferenz) sind viele Menschen (130 Personen) durch die terroristischen Anschläge des sogenannten „Islamischen Staat“ IS in Paris ermordet worden.

Daher möchte ich Sie um eine Schweigeminute bitten.

Wir befinden uns in einer sehr kritischen Zeit:

1. Mehr als 65 Mill. Menschen befinden sich auf der Flucht
2. Nach unterschiedlichen Informationen werden 1 Mill. Flüchtlinge zu uns kommen, um in Deutschland Schutz vor Krieg, Verfolgung, Terror und Ermordung zu finden.
3. Unser Bundesland NDS ist auch davon betroffen. Es sollen in diesem Jahr 75000 Flüchtlinge nach NDS kommen.

Da sich mein Kollege, Dr. Hadeed bei seiner Einführung inhaltlich intensiver mit diesem Thema auseinandersetzt, werde ich nur einige Punkte erwähnen:

1. Ich bin selten auf irgendetwas Stolz, aber jetzt muss ich eine Ausnahme machen: Ich bin sehr stolz auf die deutsche Bevölkerung, die unabhängig ihrer Herkunft und Kultur, mit ihrem ehrenamtlichen und Freiwilligen Engagement dafür sorgen, dass die Flüchtlinge menschenwürdig in unserem Land behandelt werden.
2. Ohne dieses Engagement konnten wir und können wir diese enorme Herausforderung nicht bewerkstelligen.
3. Die Bundesregierung darf einerseits nicht mit ihrer „zickzack“ Politik diese wichtigen Leistungen der Ehrenamtlichen gefährden und andererseits Öl ins Feuer der rechten Gruppierungen gießen!
4. Wir dürfen die Rechte Politik, Rassismus, Pegida und Gewalt gegen Flüchtlinge nicht unterschätzen.
5. Die Deutsche Politik soll und darf Flüchtlinge nicht in gute und böse Flüchtlinge aufteilen. Das Recht auf Asyl darf nicht angetastet werden.
6. Der Deutsche Innenminister **Thomas de Maizière** und Bayerns Ministerpräsident **Horst Seehofer** kommen täglich mit neuen Phantasien und verstärken so den ohnehin chaotischen Zustand der Deutschen Flüchtlingspolitik.
7. Wir verurteilen die Kasernierung von Flüchtlingen an Deutschen Grenzen. Wir verurteilen auch die Erschwerung des Familiennachzuges von Syrischen Flüchtlingen.
8. Afghanistan ist kein sicheres Land. Abschiebungen nach Afghanistan sind unmenschlich und unakzeptabel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sicherlich kann Deutschland allein nicht die Flüchtlingszuwanderung nach Europa und Deutschland bewältigen:

Wir brauchen eine einheitliche und menschenrechtsorientierte europäische Asylpolitik. Europa soll die Flüchtlingszuwanderung gemeinsam bewältigen.

Es geht hier aber nicht nur um die Aufnahme von Flüchtlingen, sondern viel wichtiger ist die Bekämpfung der Fluchtursachen.

Solange die Fluchtursachen nicht bekämpft und behoben werden, wird es weiterhin Flüchtlinge geben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vor uns liegen kompliziertere Aufgaben, als die Aufnahme von Flüchtlingen und deren Unterbringung.

Die Integration von aufgenommenen Flüchtlingen wird eine schwierige aber machbare Aufgabe sein, mit der wir uns in den nächsten Jahren beschäftigen müssen.

Diese Aufgabe können wir nur gemeinsam meistern! In diesem Sinne wünsche ich uns eine erfolgreiche Konferenz!



Sehr geehrte Frau Ministerin,

Sehr geehrte Gäste,

im Namen des Vorstandes von Amfn freue ich mich Sie zu unserer diesjährigen Konferenz begrüßen zu können.

Wie in den vergangenen Jahren versuchen wir aktuelle Themen für die Konferenz auszuwählen. Das heutige aktuelle Thema wären eigentlich die Terroranschläge in Paris. Wir sind erschrocken über die Brutalität der Terroristen, die unschuldige Menschen zu Opfern machen. Unschuldige Menschen! das führt uns zum Thema der heutigen Konferenz. Die Ereignisse von gestern sollten unser Verständnis wecken für die Flüchtlinge, die zu uns nach Europa kommen.

Auch sie sind unschuldig hereingezogen worden in Konflikte, die selten von ihnen mitgetragen werden.

Jeden Tag können wir in den Nachrichten über neue Flüchtlingszahlen, Asylpolitik und Flüchtlingsprobleme hören. Die Medien tragen dazu bei, dass auch wir Angst über die große Zahl der fremden Menschen bekommen. Auch wir als Migranten haben Angst, sind besorgt über die Zukunft, stellen uns

Fragen, ob Deutschland der Aufgabe gewachsen ist, ob es noch mehr rechtsradikale Anschläge geben wird und wie groß die Zahl der bisher schweigenden Unterstützer von Pegida wirklich ist. Aber was wiegt mehr - die eigene Angst im relativen Wohlstand oder die Hilfe für in Not geratene Menschen mit einer existentiellen Angst?

Wir als Migrantenselbstorganisation haben eine klare Position und als Vorsitzende eines Mitgliedvereins und Mitglied des amfn Vorstandes kann ich das sagen: Deutschland ist ein Einwanderungsland und wir haben ein Asylgesetz, dem wir uns verpflichtet fühlen. Obwohl beides immer wieder in Frage und zur Disposition gestellt wird glauben wir, dass diese Herausforderung mit der richtigen Einstellung und Organisation zu bewältigen ist.

Wir als Zuwanderinnen kennen die Situation von „Fremdsein“ und „Diskriminierung“ und auch die schwerfälligen bürokratischen Strukturen in Deutschland, aber wir kennen auch die Hilfsbereitschaft vieler einzelner Personen.

Seit einigen Jahren reden wir von Willkommenskultur. Nun gilt es sie mit Leben zu füllen.

Unsere zentrale Fragestellung heute ist, was erhoffen sich die Flüchtlinge selbst, welche Erwartungen und Wünsche bringen die nun hier angekommen Flüchtlinge mit, darüber wird zu wenig gesprochen. Und wie können wir als Migrantenorganisationen dazu beitragen, dass die Herausforderung gelingt? Wir wollen heute gemeinsam hören, was wir tun sollen und tun können.

Ich freue mich auf interessante Vorträge und Beiträge. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit,

EINFÜHRUNG

Dr. Anwar Hadeed
Amfn Geschäftsführer



Sehr geehrte Damen und Herrn,

liebe Freundinnen, liebe Freunde,

derzeit erreichen Europa mehr Flüchtlinge als jemals zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Sie kommen zweifellos aus sehr unterschiedlichen Gründen, aber die überwiegende Mehrheit von ihnen kommt nach dramatischer Flucht und in größter Not.

Sie packen das Notwendigste, geben ihr letztes Geld für die lebensgefährliche Reise ins Ungewisse aus, viele sterben auf dem Weg zu einem besseren Leben. Sie legen tausende Kilometer in überfüllten Booten, in LKWs oder zu Fuß zurück, tun, was sie tun müssen, um zu überleben. Glaubt man wirklich, dass sie von einer Mauer, verschärften Grenzkontrollen oder irgendwelchen EU-Vorschriften aufgehalten werden?

Flüchtlinge sind nicht aus „Jux und Dollerei“ unterwegs. Sie haben schwerwiegende Gründe. Dabei ist es aus meiner Sicht zweitrangig, ob sie katastrophale wirtschaftliche Verhältnisse in ihrer Heimat nicht länger

ertragen können oder aus anderen (z.B. politischen) Gründen in Not sind und ihr Land verlassen müssen. Es ist die moralische Pflicht eines jeden Landes, erst recht aber eines kulturell und materiell so reichen Landes wie Deutschland, Menschen in Not aufzunehmen und ihnen den Aufbau eines besseren Lebens zu ermöglichen. Und zwar so vielen wie möglich.

In dieser Zeit gibt es in Deutschland zehntausende Menschen, Hauptamtliche und Ehrenamtliche, Frauen und Männer, Junge und Alte, sie alle leisten vorbildliche und großartige Arbeit, oftmals bis an den Rand der Erschöpfung. Diesen Menschen gebührt zunächst einmal unser aller Dank.

Hervorheben möchte ich auch das ehrenamtliche Engagement hunderter Migrantinnen und Migranten in Vereinen und Netzwerken. Sie sind oft die erste Adresse vieler Hilfe suchender Landesleute. Dieses Engagement wird leider in der öffentlichen Wahrnehmung nicht immer ausreichend bemerkt.

Aber dieses ganze zivilgesellschaftliche Engagement darf nicht länger dafür benutzt werden, die politische Dimension der Herausforderung in der Öffentlichkeit zu marginalisieren. Einzelpersonen können nicht ewig das Staatsversagen ausgleichen. Es braucht neue Strukturen und neue Konzepte für das Inland wie für das Ausland, dazu gehört auch eine Diskussion über die Fluchtursachen wie auch die Frage nach der Verantwortung dafür, die auch in Europa liegt.

Und doch: Bei die aktuellen Debatten fehlt etwas. Es fehlen die Einschätzungen der Flüchtlinge selbst, ja in der Regel fehlen ihre Stimmen in Gänze. Das Bild von den dankbaren, aber stummen Flüchtlingen entsteht.

Was für ein Versäumnis!

Auf der anderen Seite nimmt der Zahl der gewalttätigen Übergriffe gegen Flüchtlinge und Asylunterkünfte drastisch zu.

Noch nie so viel Hass, noch nie so viel Hilfsbereitschaft – auf diese Formel lässt sich das neue Deutschland bringen. Und dazwischen eine schweigende Mehrheit.

Ängste gibt es längst in der Bevölkerung. Ängste sind menschlich. Das Gefühl „Es sind zu viele“ ist international und alt. Daran denke ich manchmal, wenn ich im Fernsehen höre mit welchen Vorurteilen manche argumentieren. Ich nehme ihnen sogar ab, dass sie Angst haben. Aufrichtige Angst. Aber so leid es mir tut: Ein Rassist, der aus wahrhaft empfundener Angst Rassist ist, bleibt ein Rassist.

Das ist nicht typisch Deutsches. Das gibt überall und zwar weltweit. Die steigende Ungleichheit hat Verlierer hinterlassen, die zunehmend auch migrationsfeindlich sind.

Die Frage ist, wie man damit umgeht. Man könnte der Angst und der Verunsicherung begegnen, indem man Lösungsansätze aufzeigt.

Es ist immer besser, Einwanderung zu gestalten als sie zu erleiden.

Ich möchte im Folgenden die politisch-gesellschaftlichen und wirtschaftliche Seite dieser Thematik beleuchten. Vorweg aber sei gesagt: Einem Land mit schrumpfender Bevölkerung, wie Deutschland, kann nichts Besseres passieren, als diesen Trend zu stoppen und womöglich umzukehren. Wenn das über „eigene Reproduktion“ nicht mehr funktioniert, dann eben über Zuwanderung.

Sehr geehrte Damen und Herrn,

liebe Freundinnen, liebe Freunde,

Europa droht an der Flüchtlingskrise zu zerbrechen: Selbst auf Minimalkompromisse, die lediglich die Symptome des Dramas lindern würden, können sich die Regierungen nicht einigen.

Die EU hat in der Flüchtlingskrise kapituliert.

Weil von einem europäischen Zusammenhalt kaum mehr die Rede sein kann, rückt der Nationalstaat mit seinen alten Instrumenten wieder in den Fokus. Doch der Nationalstaat früherer Prägung existiert nicht mehr. Und so entgleiten sowohl der EU als auch ihren Mitgliedsstaaten Akzeptanz und Legitimation.

Das Flüchtlingsdrama zwingt die Europäer, über sich selbst, über ihr Verhältnis zueinander und ihr Verhältnis zum Rest der Welt nachzudenken. Die Flüchtlinge stellen uns in Europa auf die Probe: Haben wir gemeinsame Werte und nehmen die Verantwortung auf uns, sie zu verteidigen? Ist unser Credo von Humanität und Hilfsbereitschaft nur ein Schön-Wetter-Motto, das nichts wert ist, wenn Millionen von Menschen es in Anspruch nehmen wollen? Übernehmen wir Verantwortung für die Ursachen der Krisen und die Entwicklung in den Krisenregionen?

Anhand der politischen Bearbeitung der aktuellen Zuwanderungsfragen lässt sich jedenfalls nicht erkennen, dass die Herausforderungen für Staat und Demokratie in Deutschland von den handelnden politischen Akteuren in ihrer vollen Tragweite erkannt worden sind.

In den letzten Wochen traten die angeblichen finanziellen Belastungen immer deutlicher in den Vordergrund der Diskussion. Diese beliebte Sorge erhält jetzt neue Nahrung: Etwa zehn Milliarden Euro wird Deutschland in diesem Jahr für Asylbewerber aufbringen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herrn,

liebe Freundinnen, liebe Freunde,

Ökonomen haben anschaulich den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gezeigt. Länder mit hohem Bevölkerungswachstum haben normalerweise eine höhere wirtschaftliche Dynamik, der Flüchtlingszustrom wirke wie ein großes Konjunkturprogramm.

Es führt in die Irre, immer nur auf die Ausgaben zu starren — denn sie sind auch Einnahmen. Bauunternehmer verdienen, weil sie Flüchtlingsheime errichten. Caterer machen gute Geschäfte, wenn sie Asylunterkünfte beliefern. Mit der Zahl der Konsumenten und Arbeitnehmer steigt auch der Umfang der produzierten Güter.

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung rechnet mit 15 Milliarden Euro Überschüssen für nächstes Jahr im Haushalt, obwohl dort schon knapp 10 Milliarden Euro zusätzliche Kosten für Flüchtlinge berücksichtigt sind.

Eigentlich wäre es kein Problem, diese Milliarden zu mobilisieren. Das zeigt die deutsche Wiedervereinigung, die unendlich viel teurer war. Seit 1990 wurden rund zwei Billionen Euro in den deutschen Osten gepumpt. Pleite ist Deutschland trotzdem nicht. Stattdessen liegt die Staatsverschuldung hierzulande sogar niedriger als in Frankreich oder Großbritannien, die keine Wiedervereinigung zu stemmen hatten.

In Deutschland haben 18 Millionen Bürgerinnen und Bürger einen „Migrationshintergrund“. Kosten sind nicht entstanden, im Gegenteil. Die Bertelsmann-Stiftung hat eine Studie veröffentlicht, die sich nur mit den Einwohnern mit Ausländerstatus befasste: Pro Kopf und Jahr zahlen sie 3.300 Euro mehr an Steuern und Sozialbeiträgen, als sie selbst vom Staat erhalten. Diese zeigt, dass Migration nicht zuletzt auch finanziell ertragreich ist.

So weit zu den kurzfristigen Effekten. Der wirtschaftliche Knackpunkt besteht aber darin, die Integration der Flüchtlinge so rasch und effizient wie möglich zu bewerkstelligen. Das lohnt sich am meisten. Für alle.

In ihrem neue Gutachten warnen die fünf Wirtschaftsweisen: „Längere Asylverfahren und eine schlechtere Arbeitsmarktintegration dürften die Kosten merklich erhöhen.“ Neben schnelleren Verfahren fordern sie deshalb auch Vereinfachung der Zugang zum Arbeitsmarkt.

Sehr geehrte Damen und Herrn,

liebe Freundinnen, liebe Freunde,

die „Flüchtlingskrise“ ist keine Krise der Ressourcen, sie ist eine Krise des Willens zur Vorstellung, dass die deutsche Gesellschaft sich ändern, also öffnen, kann. Und das nicht in 40-Jahres-Schritten, sondern jetzt.

Deutschland hat sich verändert, und es verändert sich jetzt massiv. Nun müssen wir uns wieder fragen:

Was macht dieses Land aus?

Welche Werte sollen Richtschnur für unser aller Handeln sein?

Wie wollen wir heute zusammen leben?

Und wo wollen wir in Zukunft hin?

Die Berliner Integrationsforscherin Naika Foroutan fordert ein neues Leitbild für das neue Deutschland, das unsere Gesellschaft in die Zukunft trägt. Dieses Leitbild soll gemeinsam zwischen den gesellschaftlichen Akteuren, selbstverständlich auch Migrantinnen und Migrantenvertretern, entwickelt und ausgehandelt werden.

Sie selbst denkt Deutschland plural, denn „das Gegenteil von Einfalt ist Vielfalt.“

Das neue „deutsche Wir“ hat – ähnlich - der deutsche Präsident Joachim Gauck als die Einheit der Verschiedenen bezeichnet. Es gibt viele Denktraditionen, an die man anknüpfen könnte, und neue Impulse, die mit einfließen müssten.

Ziel müsste sein, die herrschende Trennung und Aufspaltung anhand von ethnischer Herkunft politisch und gesellschaftlich zu überwinden.

Vielleicht erleben wir gerade einen großen Moment. Die Geburt eines wirklich neuen Deutschlands. Eines Landes, das sein Herz öffnet. Ich wünsche mir das. Ich möchte, dass nicht die Hunderte von Anschlägen auf Flüchtlingswohnheime mein Bild bestimmen. Ich möchte aber auch nicht, dass wir so tun, als wäre alles in bester Ordnung, nur weil jetzt Flüchtlinge in München mit Brezeln begrüßt werden.

Viele Migrantinnen und Migranten, auch der zweiten Generation, sind, auf Grund ihre Erfahrungen, mir ihrem Optimismus sehr vorsichtig.

Im Spiegel vom 05.09.2015 formulierte Juan Moreno, Sohn eines spanischen Gastarbeiters, diese Vorsicht folgendermaßen:

„Solange ich denken kann, hatte ich immer das Gefühl, die Mehrheit der Deutschen will eigentlich nicht, dass man als Ausländer hier ist. Gerade ändert sich das. Ob das für immer ist, weiß ich nicht. Ob das nur daran liegt, dass es Deutschland gerade so gut geht wie kaum einem anderen Land auf diesem Planeten – und die Menschen darum so entspannt sind? Ich weiß es nicht“.

Ich bin aber der Überzeugung, die Bundesrepublik ist definitiv zum Einwanderungsland geworden ist und vieles hat sich zum Besseren entwickelt.

Was am dringendsten von uns verlangt wird: Vertrauen.

Vertrauen, dass der Einwanderungs- und Integrationsprozess mittelfristig gelingen wird. Dass er dieses Land voranbringen kann und es aus seiner Behäbigkeit herauszwingt, ohne Schade zu nehmen.

Wir haben immer gesagt: Einwanderung wird kein Spaziergang. Aber ist immer besser, sie zu gestalten als sie zu erleiden. Nutzen wir die Gunst der Stunde.

Ich wünsche Ihnen, uns allen eine fruchtbare Tagung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**ZUWANDERUNG ALS CHANCE UND HERAUSFORDERUNG – DIE
AKTUELLE ENTWICKLUNG DER FLÜCHTLINGSSITUATION IN
NIEDERSACHSEN**

Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung,
Cornelia Rundt, anlässlich der Landesweiten Konferenz „Flüchtlingen eine
Perspektive bieten – aus der Perspektive der Flüchtlinge“ der amfn e.V. am
14.11.2015 im Kulturzentrum Pavillon in Hannover.



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für Ihre Einladung und freue mich, wieder bei Ihnen zu sein
- und bitte schon jetzt um Verständnis, dass ich heute nicht lange bleiben
kann, da ich gleich eingeladen bin bei einer anderen Veranstaltung eine Rede
zu halten!

Sehr gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, zum Thema „Zuwanderung als
Chance und Herausforderung – die aktuelle Entwicklung der
Flüchtlingssituation in Niedersachsen“ zu sprechen.

Was bedeutet Zuwanderung für uns?

Zuwanderung bedeutet Vielfalt, Chancengleichheit, Teilhabe und Partizipation aller Menschen!

Auf folgende Aspekte möchte ich heute eingehen:

1. Ausgestaltung der Willkommens- und Anerkennungskultur der Landesregierung,
2. Professionalisierung der Migrantenorganisationen und
3. die aktuelle Entwicklung der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Niedersachsen und ich möchte auch die Frage beantworten, warum sich migrantische Organisationen auch weiterhin in die Flüchtlingsarbeit einbringen müssen.

Eine Etablierung der Willkommenskultur in Niedersachsen hat das wesentliche Ziel, gesellschaftliche Unterstützung und Verantwortung zu fördern. Deshalb setzt eine Anerkennungs- und Willkommenskultur auch zunächst bei den Ausländerbehörden an, denn hier findet die erste offizielle Begegnung der Zuwandernden mit unserem Land statt.

Für die niedersächsische Landesregierung ist es wichtig, staatliche Behörden auf dem Weg zu einer Willkommenskultur zu unterstützen. Dies geschah im Rahmen eines Pilotprojekts mit neun niedersächsische Ausländerbehörden in unterschiedlichen Regionen des Landes.

Die Ergebnisse und Erfahrungen aus der Projektphase liegen jetzt in einem Praxishandbuch vor und können nun landesweit angewendet werden.

Dort werden beispielsweise auch die erprobten Veränderungsprozesse in den Projektbehörden vorgestellt.

So unterstützen und begleiten wir letztlich in diesem Jahr alle Ausländerbehörden auf dem Weg zu gelebter Serviceorientierung und Willkommenskultur.

Als Arbeitsgemeinschaft für Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge (amfn) nehmen Sie die Interessen ihrer Mitglieder wahr. Darüber hinaus haben sie sich neben der Selbsthilfe aber auch vielfältigen weiteren Aufgaben und Herausforderungen gestellt.

Für die Landesregierung Niedersachsen sind Migrantenorganisationen wichtige zivilgesellschaftliche Partner.

Sie sind wichtige Expertinnen und Experten für die bedarfsgerechte Migrationsarbeit.

Genau in diesem Bereich setzt die Landesregierung an.

Wir unterstützen Migrantenorganisationen auf dem Weg zur Professionalisierung, damit sie sich noch stärker als zuvor im Rahmen der Vereins- und Verbandsstrukturen organisieren können.

Zum Zwecke der Professionalisierung der in Niedersachsen tätigen Migrantenorganisationen gewährt das Sozialministerium Migrantenorganisationen finanzielle Förderung – sowohl institutionell als auch für Projekte. Das sind z.B. das MigrantenElternNetzwerk (MEN)

- Der Bund Türkisch-Europäischer Unternehmer e.V. (BTEU)
- Die Arbeitsgemeinschaft der Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen e.V. (AMFN)
- Die Elternarbeit, Frühe Hilfen und Migrationsfamilien (EFi)

Weitere Kooperationen bestehen mit dem:

- Landesjugendring Niedersachsen
- Ethno-Medizinisches Zentrum e.V. (EMZ).

Die Landesregierung erwartet die weitere Intensivierung dieser Kooperationen und ruft alle Beteiligten auf, sich auch über Niedersachsen hinaus zu organisieren, etwa in einem Nordverbund. Hier liegen echte Chancen, die – wenn ich es recht sehe – noch nicht genutzt sind.

Die aktuelle Entwicklung der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Niedersachsen

Wir erleben derzeit die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg auf der Welt. Etwa 60 Millionen Menschen haben ihre Heimat verlassen und suchen Zuflucht in anderen Ländern, so auch in Deutschland. Von Januar bis September 2015 wurden 303.443 Asylanträge in Deutschland gestellt.

Aktuell erleben wir, dass uns alle im Land der - in der Größenordnung nicht vorhersehbare - Zuzug von Flüchtlingen vor enorme Herausforderungen stellt.

Wir sprechen heute von 1 Mio. Flüchtlingen, die bis zum Jahresende in Deutschland ankommen werden. Knapp 10 %, also etwa 100.000 Menschen, nimmt Niedersachsen auf.

Es gibt Flüchtlinge mit einer Anerkennungsquote von mehr als 99 Prozent, insbesondere aus Syrien. Ebenfalls hohe Anerkennungsquoten haben schutzsuchende Menschen aus dem Irak, Eritrea und Afghanistan.

Daneben stehen Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus Ländern mit einer Ablehnungsquote von mehr als 99 Prozent, insbesondere aus den Balkan-Staaten (sog. Sichere Herkunftsländer). In dem einen Fall haben wir es mit einer guten Bleibeperspektive zu tun, in dem anderen Fall mit einer sehr unwahrscheinlichen.

Es kann nicht sein, dass beide Gruppen viele Monate warten müssen, bis sie Klarheit über ihr weiteres Schicksal in Deutschland haben. Die Beschleunigung des Asylverfahrens ist daher unabdingbar.

Und noch etwas ist hervorzuheben: § 44 a des Aufenthaltsgesetzes (Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurses) spricht von einer „besonderen Weise der Integrationsbedürftigkeit des Ausländers“. Dies wirkt stigmatisierend, weil es eine einseitige „Anpassung“ beschreibt und die „Integrationsbedürftigkeit“ des „Ausländers“ (über-) betont.

Was wir daher dringend brauchen, ist ein neues Einwanderungsgesetz, um bestehende Gesetze zu bündeln und Klarheit in Sachen Einwanderung zu schaffen. Ein neues Einwanderungsgesetz ist auch eine wichtige Botschaft, das auch eine Antwort auf die fremden- und ausländerfeindliche Hagida/Pegida gibt.

Derzeit gibt es unterschiedlich ausgeprägte Skepsis, aber auch Ängste und sogar Vorurteile gegenüber den Flüchtlingen, die auch rassistisch motivierte Gewalt mit sich bringt.

Hier sind wir alle aufgerufen, „Nein“ zu sagen! Hassreden mit völkerverhetzenden Inhalten – wie sie zuletzt auch von AfD-Mitgliedern öffentlich gehalten wurden – sind zwingend ein Fall für die Polizei und Justiz.

Kommen wir lieber zu den positiv wirkenden Akteuren. Aber ich sehe hier auch ein wichtiges Betätigungsfeld für Migrantenorganisationen: Vor dem Hintergrund ihrer eigenen Zuwanderung verfügen sie über wichtige Erfahrungen und damit die Kompetenz den Schutzsuchenden vor Krieg, Gewalt und Vertreibung das Ankommen und Teilhaben in der für sie neuen Kultur zu ebnen.

Wir kümmern uns, dass der Arbeitsmarkt für Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive zügig geöffnet wird. Dies bedeutet – und das ist das Wichtigste - für die Menschen Zukunft und Perspektive. Aber wir haben auch die Möglichkeit so dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Um diese Ziele zu erreichen, müssen zwingend mehr Sprach- und Integrationskurse sowie Ausbildungsmaßnahmen angeboten werden.

Für die niedersächsische Landesregierung hat das Recht aller Flüchtlinge auf angemessene soziale Beratung und Betreuung eine hohe Bedeutung.

Insgesamt hat die niedersächsische Landesregierung mit einem Nachtragshaushalt in Höhe von über 500 Mio Euro auf den aktuellen Zuzug von Flüchtlingen reagiert. Wir erkennen an, dass die zusätzlich entstehenden Herausforderungen auch monetär maßgeblich unterstützt werden müssen.

So wird das Land Niedersachsen die für den Haushalt 2016 vorgesehenen 180 Millionen Euro für die Kommunen durch den erneuten Nachtragshaushalt bereits in diesem Jahr auszahlen: So bleibt den Kommunen die bislang gesetzlich festgelegte Vorfinanzierung der Kosten erspart!

Wir werden weiter fünf Millionen Euro in die Flüchtlingssozialarbeit und in die Migrationsberatung von Verbänden, Vereinen und kirchlichen Einrichtungen investieren sowie eine weitere Million Euro für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe einsetzen!

Das Land bezuschusst die in 47 kommunalen Gebietskörperschaften angesiedelten Koordinierungsstellen Migration und Teilhabe, denen u.a. das Teilhabemanagement vor Ort ganz wesentlich obliegt.

Des Weiteren fördert die Landesregierung das psychosoziale Zentrum für traumatisierte Flüchtlinge und den Niedersächsischen Flüchtlingsrat.

Im Moment gilt es die Aufnahme und eine erste gute Versorgung mit Essen, Unterkunft und medizinischer Versorgung sicherzustellen.

Aber wir brauchen auch mittel- bis langfristige Lösungen in der Sprachförderung, in Schulen, Kitas, im Wohnungsbau, bei der Arbeitsaufnahme etc.

Den Zuwandernden diese Chancen zu verschaffen, sind Aufgaben, die uns alle heute und künftig stark herausfordern werden. Die erfolgreiche Umsetzung dieser Aufgabe ist aber entscheidend für die Zukunft unseres Landes.

Und auch der Bund öffnet die Integrationskurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive und stockt die hierfür vorgesehenen Mittel entsprechend dem gestiegenen Bedarf auf.

Darüber hinaus wird eine verstärkte Vernetzung zwischen Integrationskursen und berufsbezogenen Sprachkursen hergestellt, unter verstärkter Einbeziehung der Bundesagentur für Arbeit. Kurzfristig sollen auch im Rahmen des Arbeitsförderungsrechts Maßnahmen zur Vermittlung erster Kenntnisse der deutschen Sprache gefördert werden.

Bund und Länder werden zeitgleich ein Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit einer Zuwanderungsgeschichte verabschieden, um eine unter Kindeswohlgesichtspunkten notwendige Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen bundesweit und landesintern zu ermöglichen. Sie sprachen sich für ein beschleunigtes Gesetzgebungsverfahren und ein Inkrafttreten schon mit Beginn des 1. November 2015 aus.

Auch die Hochschulen öffnen sich jetzt für Flüchtlinge!

Neben Kindern aus Nichtakademiker-Familien sollen auch Flüchtlinge von den drei Millionen Euro profitieren, die das niedersächsische Wissenschaftsministerium bis 2018 in das Fachhochschulprogramm „Wege ins Studium öffnen“ investiert.

Schlusswort

Gelebte Willkommenskultur ist – meine Damen und Herren – einer der wichtigsten Pfeiler der Migrations- und Teilhabepolitik in Niedersachsen.

Hierzu gehören neben einer klar humanitären Flüchtlings- und Asylpolitik, einem deutlichen „Ja“ zu Einbürgerung und Mehrstaatigkeit, insbesondere auch die gesellschaftliche Verantwortung, um kulturelle Vielfalt in unserem Denken, Handeln und in unserem Alltag zu verankern.

Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass und Rechtsextremismus haben in Niedersachsen nichts zu suchen! Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat und eine wache Zivilgesellschaft.

Ich wünsche mir, dass wir alle - also Politik und Gesellschaft - auch zukünftig für eine Flüchtlingspolitik eintreten, die mit dem Credo „Willkommen“ und „Chancenbieten“ versehen ist. Deutschland ist nicht nur ein Einwanderungsland, sondern auch ein „Migrationsland“.

Wir nehmen alle damit verbundenen Herausforderungen an; wir packen das!
Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

**INTERNATIONALE FLÜCHTLINGSSTRÖME UND ZUWANDERUNG
NACH NIEDERSACHSEN**

Internationale Flüchtlingsströme
und Zuwanderung nach
Niedersachsen –
eine statistische Gesamtschau

Konferenz der amfn e.V., Hannover 14.11.2015
Tanja und Lothar Eichhorn

Kontakt: Lothar.eichhorn@htp-fel.de
Tel. 0511 9898-2215 und -2351



2

Was Sie erwartet

- Wir werden keine aktuellsten Daten über Flüchtlinge bringen – diese sind zu unsicher. Wir versuchen, auf Basis der letzten gesicherten Daten Internationalität und Regionalität miteinander statistisch zu koppeln:
 - Internationale Problematik wirkt sich regional aus.
 - Da wir vor Ort handeln, brauchen wir auf Basis sicherer Zahlen solide regionale Daten: Wie viele? Woher? Männer, Frauen? Alter? Entwicklungen?
 - Wir verwenden Daten der UN und verknüpfen diese soweit möglich mit Daten aus Niedersachsen. Stand: Ende 2014 und 1. Quartal 2015.

Tanja und Letha/Eichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

3

Ein paar Zahlen vorweg

- 7,08 Milliarden Menschen leben auf der Erde.
- 7,8 Millionen Menschen leben in Niedersachsen – das sind 1,1 Promille der Weltbevölkerung.
- 59,5 Millionen Menschen waren Ende 2014 Flüchtlinge – das ist so, als ob ganz Italien auf der Flucht wäre.
- Es waren 8,3 Millionen mehr als ein Jahr zuvor –so als ob 2014 ganz Niedersachsen und Bremen geflüchtet wären.
- Auf jeden Niedersachsen kommen weltweit 8 Flüchtlinge. Wir können hier die dahinter stehenden Probleme nicht lösen. Wir können aber zur Lösung beitragen.

Tanja und Letha/Eichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

4

Gliederung

- I. Quellen, Begriffe, Methode
- II. Weltweite Daten über Flüchtlinge
 - a) Die wichtigsten Herkunftsländer
 - b) Struktur nach Alter, Geschlecht und Art der Fluchtbewegung
- III. Niedersachsen: Langfristige Entwicklung der Zuwanderung
- IV. Besonderheiten des Zuzugs nach Niedersachsen
- V. Provokativ: Wie viele Flüchtlinge können wir uns leisten?
- VI. Einige Schlussfolgerungen

Tanja und Lethia/Eichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2018

5

I. Quellen, Begriffe, Methode

Internationale Daten

- UNHCR (=United Nations High Commissioner of Refugees). UNHCR arbeitet möglichst mit amtlichen Quellen und Schätzungen. Wichtige Begriffe:
 - Country of origin = Herkunftsland
 - Country / territory of asylum = Asyl- bzw. Aufenthaltsland
 - Refugees = Anerkannte Flüchtlinge laut Genfer Flüchtlingskonvention
 - Asylum seekers = Asylsuchende (noch nicht als Flüchtling anerkannt – andere Nomenklatur als in Deutschland!)
 - Internal displaced persons = interne Flüchtlinge
- UNHCR ist nicht zuständig für die 5,1 Mio. palästinensischen Flüchtlinge. Ohne diese gibt es einen *Bestand* von 54.945.467 Personen „total population of concern“. Diese Zahl schließt Staatenlose und Menschen in flüchtlingsähnlicher Situation ein.

14.11.2018

6

I. Quellen, Begriffe, Methode

Regionale Daten

- Das Ausländerzentralregister (**AZR**) (Stand 31.12.2014) hat *Bestandsdaten* über alle Ausländer: Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsdauer, rechtlicher Status. Quelle: Kommunale Ausländerbehörden. Die UNHCR-Daten über Deutschland basieren auf dem AZR.
- Die **Wanderungsstatistik** erfasst auf Basis von Informationen der Meldeämter *Bewegungsdaten* über Herkunftsland, Staatsangehörigkeit und überschrittene Grenze. Hier sind nur Zuzüge „über die Bundesgrenze“ von Interesse. Man unterscheidet Zuzüge, Fortzüge und Saldo (Zuzüge minus Fortzüge). Stand: 2014 und 1. Quartal 2015.
- Viele Syrer kommen nicht direkt aus Syrien. Daher arbeiten wir mit Daten über die Staatsangehörigkeit, sonst gibt es eine große Untererfassung.

14.11.2015

Tanja und Lottar Eichhorn, Konferenz der amfn e.V.

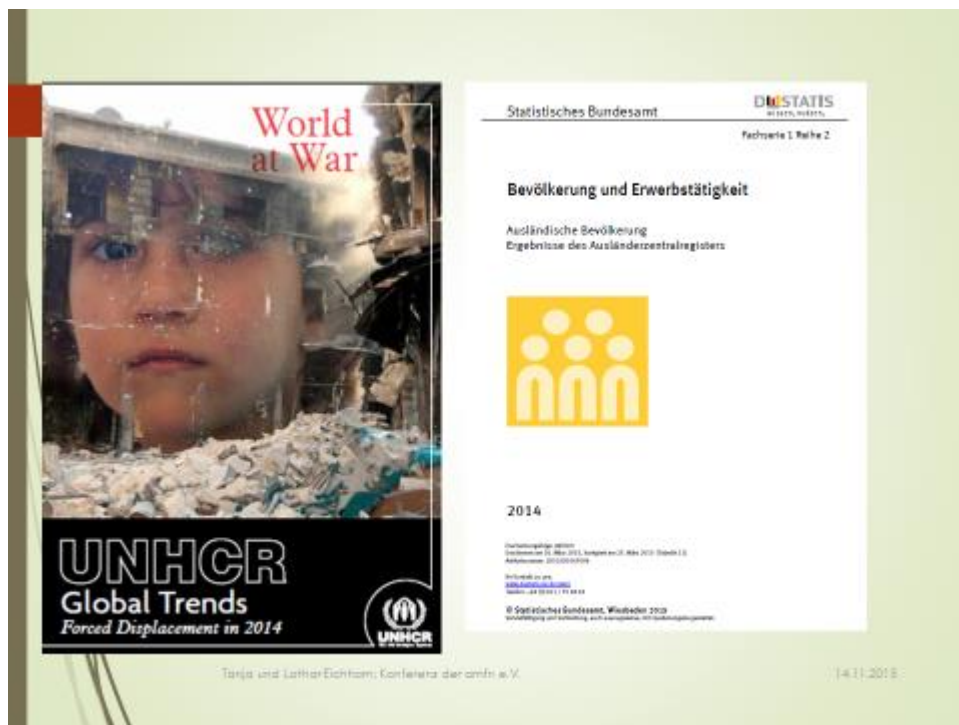
7

I. Quellen, Begriffe, Methode

- Grenzen der Aussagekraft und statistische Probleme:
 - AZR und Wanderungsstatistik erfassen nicht direkt „Flüchtlinge“; der Aufenthalts- bzw. Zuzugsmotiv ist unbekannt.
 - Menschen können aus dem Ausland zuziehen und dann innerhalb Deutschlands fortziehen (Friedland!); der Außenwanderungssaldo ist daher verzerrt.
 - Spätestens ab dem 2. Halbjahr 2015 ist die statistische Erfassung lückenhaft. Wir arbeiten daher nur mit den zuverlässigen Daten aus 2014 und dem 1. Quartal 2015.
- Grundmethode: Vergleich der internationalen Bestandsdaten des UNHCR mit regionalen Bestands- und Bewegungsdaten, um Auffälligkeiten und Besonderheiten Niedersachsens zu erkennen.

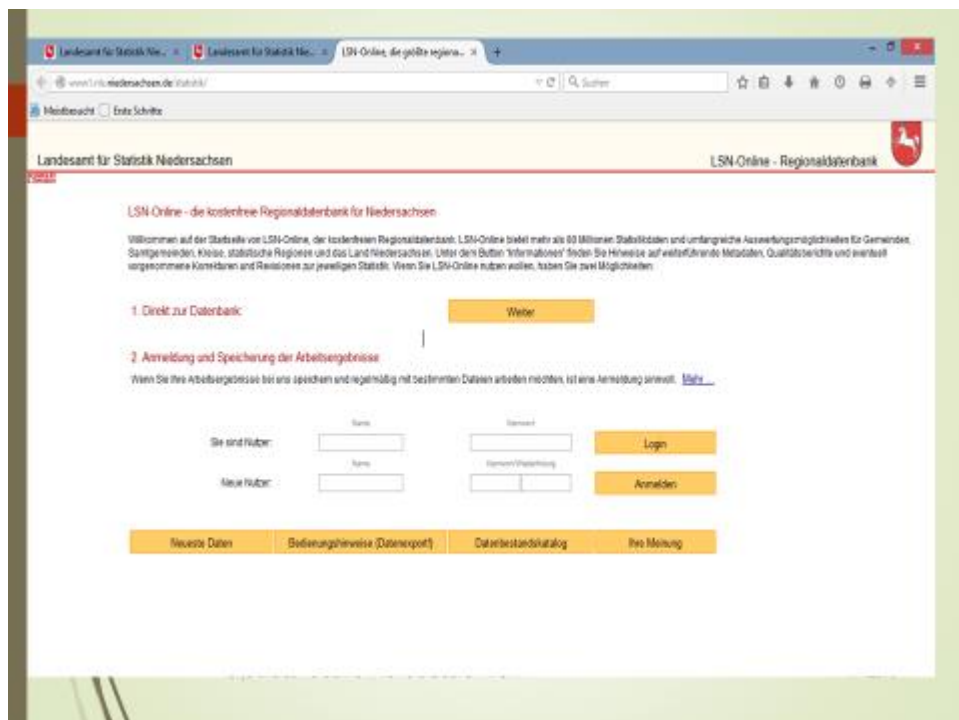
Tanja und Lottar Eichhorn, Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015



Tanja und Lethia Eichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2018



10

II. Flüchtlinge weltweit

- 59,5 Millionen Flüchtlinge Ende 2014, und zwar:



- Fast zwei Drittel waren „internal displaced persons“. 2015 machten sich offenbar viele von diesen auf den Weg.
- Die 10 wichtigsten Herkunftsländer waren Syrien, Afghanistan, Somalia, Sudan, Südsudan, Kongo, Myanmar, Zentralafrikanische Republik, Irak und Eritrea.
- 77% aller Flüchtlinge weltweit stammen aus diesen 6 afrikanischen und 4 asiatischen Ländern.

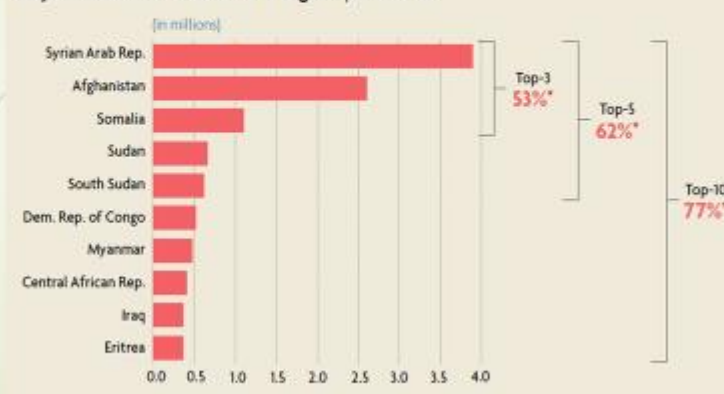
Tanja und Lottar Eichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

11

II. Wichtigste Herkunftsländer Ende 2014

Major source countries of refugees | end-2014

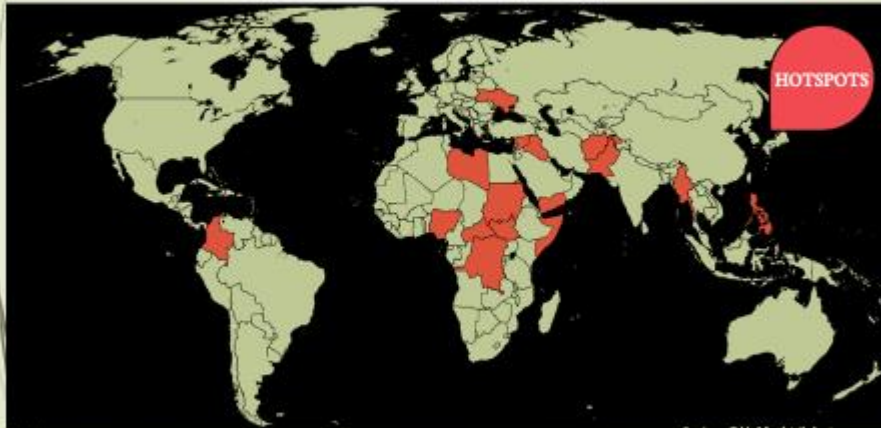


Tanja und Lottar Eichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

12

II. Hotspots



Tanja und Letha/Eichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2018

13

II. Flüchtlinge weltweit - Gastländer

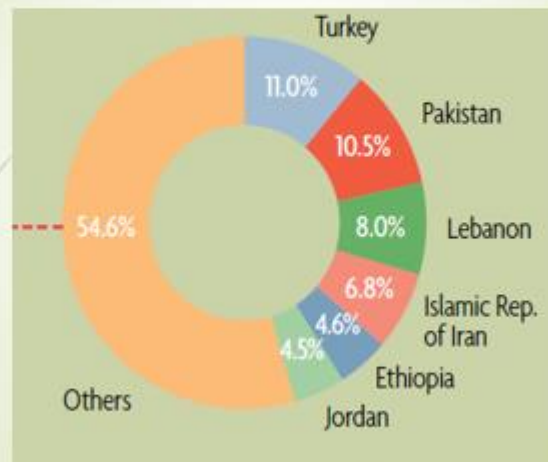
- Die wichtigsten Gastländer der Flüchtlinge (ohne Asylsuchende) waren die Türkei (1,59 Mio.), Pakistan (1,51 Mio.), Libanon (1,15 Mio.), Iran (982.000), Äthiopien (659.500) und Jordanien (654.100).
- Die entsprechenden Zahlen für die großen EU-Länder waren 252.264 Frankreich, 216.973 für Deutschland, 117.161 Vereinigtes Königreich, 93.175 Italien.
- Dazu kamen an Asylsuchenden: 226.191 Deutschland, 55.862 Frankreich, 45.749 Italien, 36.383 Vereinigtes Königreich.
- UNHCR hat auch die Aufnahmekapazität der Gastländer untersucht, und zwar mit dem komplizierten Indikator „Flüchtlinge pro BIP/Einwohner“ (ohne Asylsuchende). Danach stand auf Platz 1 der Belastungsskala Äthiopien, 2: Pakistan, 3: Tschad, 4: Uganda, 5: Kenia, 6: Afghanistan. Deutschland stand auf Platz 49, Frankreich auf 44, Vereinigtes Königreich auf 58 und Italien auf 59.

Tanja und Letha/Eichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2018

14

II. Gastländer der Flüchtlinge 2014



Tanja und LetharEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

15

II. Die wichtigsten Herkunftsländer im Vergleich

Land	Bevölkerung (Mio)	BIP pro Kopf (Dollar)	Alphabetisierung (15-24), %	Lebenserwartung (Jahre)	Kinder pro Frau
Syrien	22	2126	95,9	74,4	3,0
Afghanistan	30	683	41,0	60,8	5,0
Somalia	10	128	?	54,9	6,6
Sudan	37	1383	88,5	61,9	4,5
Serbien und Kosovo	10	5315	99,3	74,0	1,4
Albanien	3	3809	99,2	77,3	1,8
Deutschland	83	41376	?	80,7	1,4

Tanja und LetharEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

16

III. Niedersachsen: Langfristige Entwicklung der Zuwanderung

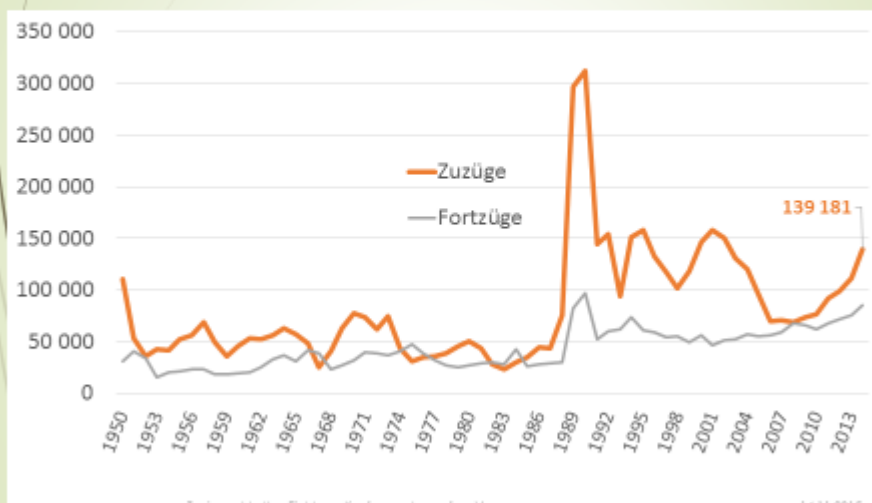
- Einwohner 1939: 4.539.691
- Einwohner 1950: 6.797.379
- Ab 1945 Zuwanderung von Ausgebombten, Vertriebenen und Flüchtlingen. In 5 Jahren ein Plus von 50% bzw. 2.258.000 Menschen.
- Kriegszerstörtes Land; Integrationsprobleme wegen Konfession, dörflicher Enge, allgemeiner Knappheit und sozialem Abstieg der Flüchtlinge
- Zugleich Fortzug von „displaced persons“ – KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene

Tanja und LetharEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

17

III. Zu- und Fortzüge aus dem Ausland nach Niedersachsen 1950 - 2014



Tanja und LetharEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

18

III. Zu- und Abwanderung 1988-1996

Jahr	Zuzüge	Fortzüge
1988	75 098	29 912
1989	296 268	82 358
1990	311 811	96 468
1991	143 957	52 656
1992	153 577	60 448
1993	94 089	61 464
1994	151 259	73 896
1995	158 093	60 567
1996	132 553	58 571

Tanja und LetharEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2018

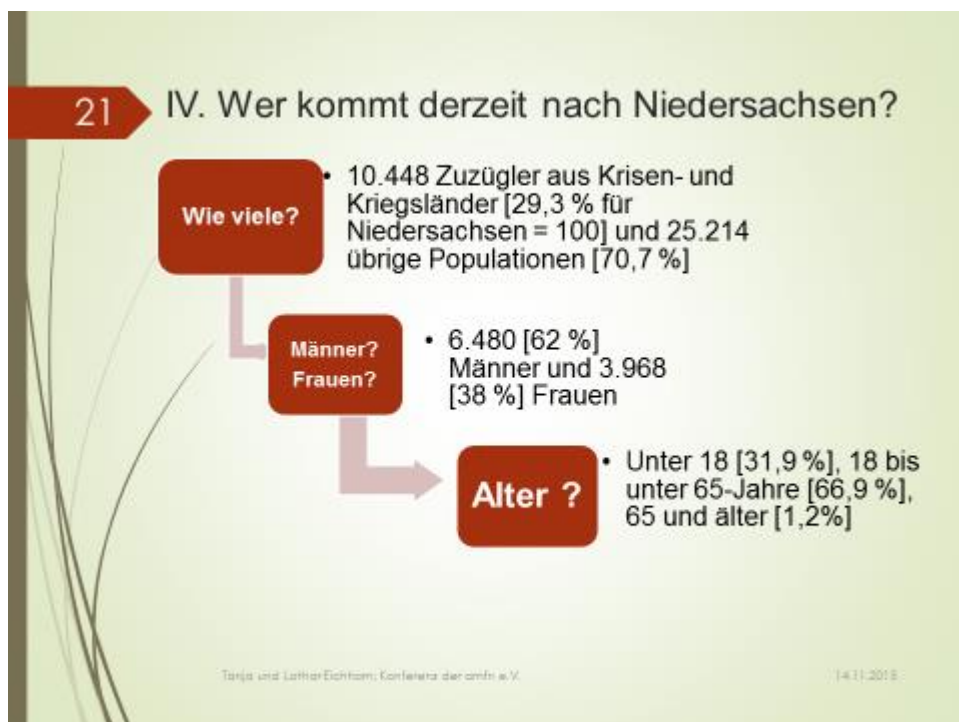
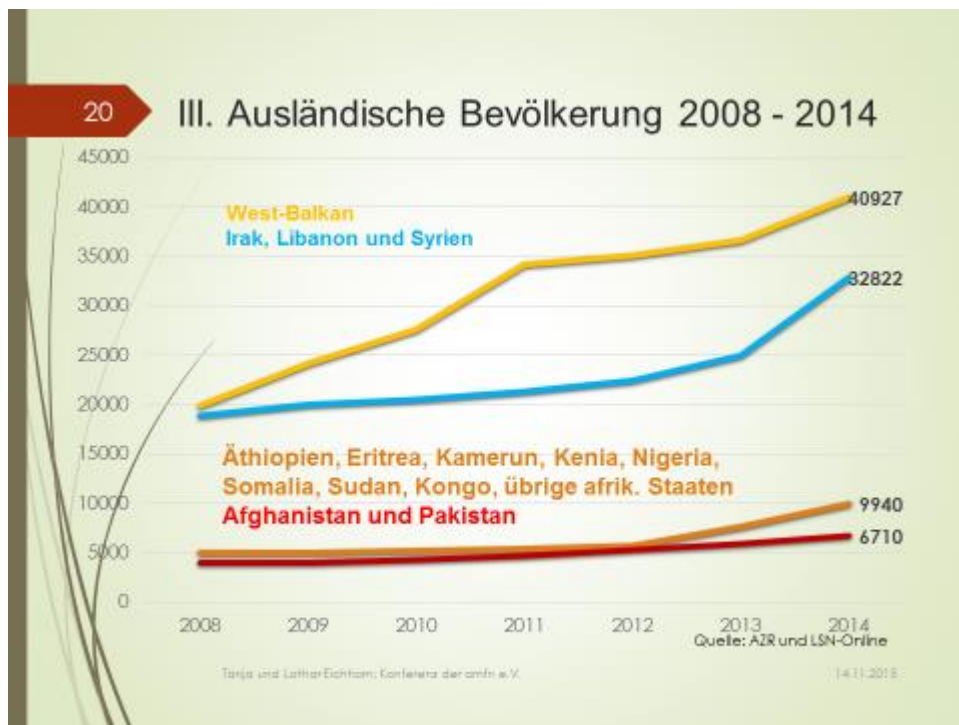
19

III. Zuwanderung 1988 bis 1996

- September 1989 Fall des „Eisernen Vorhangs“; 1990 Wiedervereinigung; Zuzug von Deutschen aus der DDR und aus Osteuropa; Jugoslawienkrieg 1991 bis 1995
- DDR ist ab 3.10.1990 kein Ausland mehr, daher Rückgang!
- Viele der Zuwanderer waren Deutsche, die vor allem aus Polen, Russland und Kasachstan kamen.
- Eine große Rolle spielt das Grenzdurchgangslager Friedland, die „Drehscheibe“ für den Zuzug der Russlanddeutschen.
- Viele der Zuzügler aus Jugoslawien blieben: Das AZR zählte Ende 1990, also vor dem Krieg, 28.261 Menschen aus Serbien, Kosovo, Montenegro. Ende 1993 waren es 52.778. Zehn Jahre später, Ende 2003 waren es immer noch 40.828. Der Rückgang geht auch auf Einbürgerungen zurück.

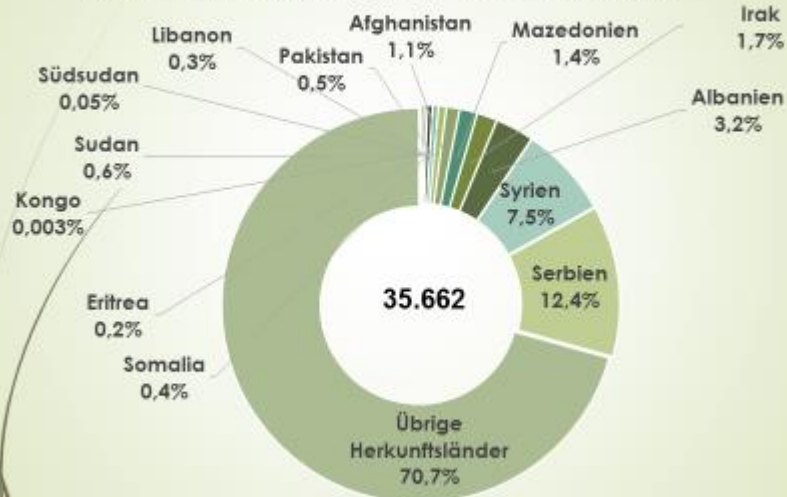
Tanja und LetharEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2018



22

IV. Zugezogene aus den international wichtigsten Krisen- und Kriegsländern 1. Quartal 2015

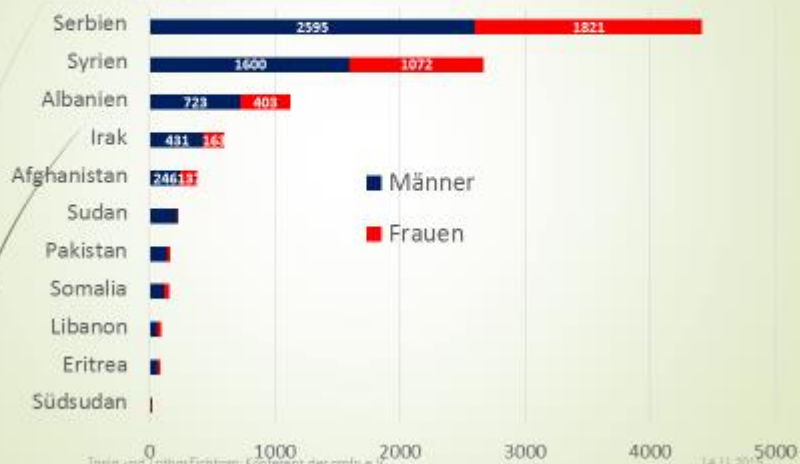


Tanja und Lottar Eichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

23

IV. Zuzüge nach Niedersachsen aus den international wichtigen Kriegs- und Krisenländern 1. Quartal 2015 nach Geschlecht

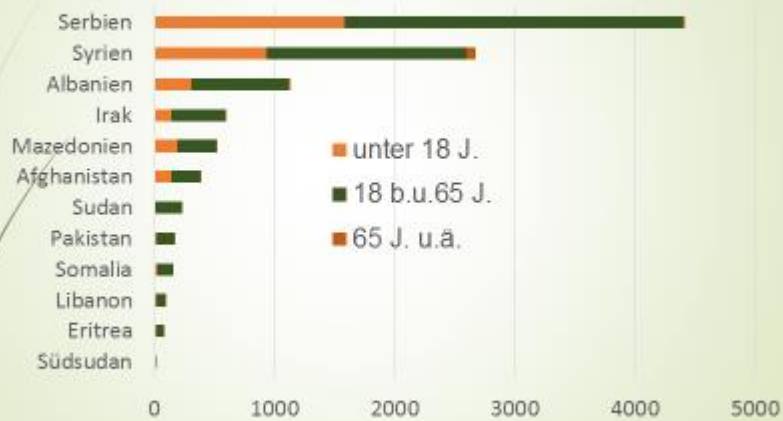


Tanja und Lottar Eichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

24

IV. Altersstruktur der Zuzügler aus den international wichtigsten Kriegs- und Krisengebieten 1. Quartal 2015



Tanja und LetharEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

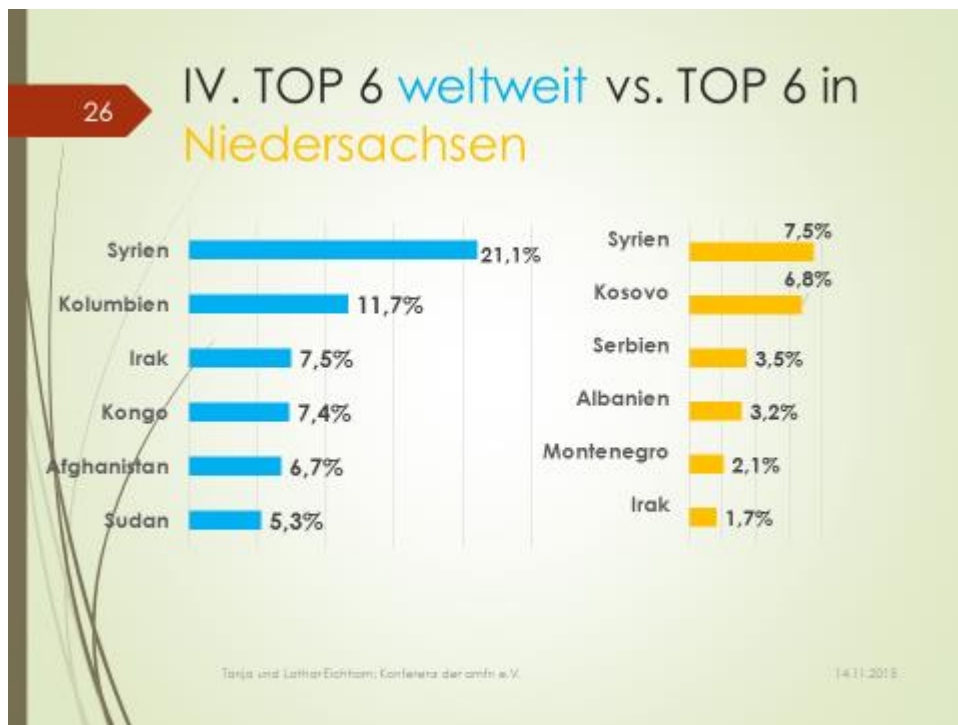
25

IV. Auslandszuwanderung aus ausgewählten Kriegs- und Krisenländern im 1. Quartal 2015 im Vergleich zur „stationären“ Bevölkerung 2014

Merkmal	Zuzügler 1Q.2015	Bevölkerung Niedersachsen 31.12.2014
in Prozent		
Nach Geschlecht		
Männer	62,0	49,1
Frauen	38,0	50,9
Nach Alter		
Unter 18	31,9	16,8
18 bis unter 65	66,9	61,8
65 und älter	1,2	21,4

Tanja und LetharEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015



- 27 IV. Besonderheiten des Zuzugs nach Niedersachsen
- Westbalkan-Staaten sind stark überrepräsentiert. Menschen aus wichtigen afrikanischen (Kongo, Südsudan) und asiatischen Ländern (Myanmar) fehlen fast vollständig.
 - Die Zuzügler sind im Vergleich zur stationären Bevölkerung sehr jung. Menschen im Rentenalter sind kaum vertreten. Besonders hoch ist der Kinder- und Jugendanteil bei den Westbalkan-Staaten; dort ist auch der Frauenanteil hoch.
 - In der Geschlechtsverteilung gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Herkunftsländern. Der Männeranteil ist sehr hoch bei den Menschen aus Afrika. Experten sagen, dass Frauen Angst vor dem gefährlichen Weg über das Mittelmeer und vor sexueller Gewalt auf dem langen Weg haben.
 - Die Zuwanderung 1945 bis 1950 und 1989 bis 1996 war wahrscheinlich quantitativ größer als die derzeitige. Unterschiede aber: Seinerzeit gab es einen hohen Anteil deutscher Zuzügler; es gab auch viele Fortzüge; es gab noch kein Internet.
- Tanja und Letha/Eichhorn; Konferenz der amfn e.V. 14.11.2018

28

V. Wie viele Flüchtlinge können wir uns leisten? – Eine Modellrechnung

Annahme

100.000 Menschen kommen dauerhaft nach Niedersachsen. Die Altersstruktur sei so wie die der Zuzügler aus dem 1. Quartal 2015: 32% Kinder und Jugendliche, 67% im Erwerbsalter, 1 % im Rentenalter. Jeder Flüchtlinge verursache Kosten in Höhe von 12.500 Euro jährlich (FAZ, 20.08.15). Das sind ...

1,25 Milliarden € Flüchtlingskosten

Zum Vergleich

28,03 Milliarden € Haushaltsvolumen Niedersachsen 2016

253,62 Milliarden € Bruttoinlandsprodukt Niedersachsen 2014

Die Flüchtlingskosten betragen also 4,5% des Landeshaushalts und 0,5% des BIP.

Tanja und LottarEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

29

V. Modellrechnung – Teil 2

Aber das ist noch nicht einmal die halbe Wahrheit:

Jeder Erwerbstätige erwirtschaftete 2014 einen Anteil am BIP in Höhe von 64.526 €. Wenn es gelingt, dass auch nur die Hälfte der Flüchtlinge im Erwerbsalter (also 33,5%, 33.500 nach Modellrechnung) arbeitet, gilt folgende Rechnung:

Kosten (66.500 Personen zu je 12.500 €): 831,25 Mio. €

BIP-Beitrag (33.500 Personen zu je 64.526 €): 2,162 Mrd. €

Ertrag für Niedersachsen: 1,33 €

Außerdem zur Erinnerung:

- Im Mai 2011 standen **139.663** Wohnungen leer.
- Die Bevölkerungsprognosen rechnen mit einem jährlichen Geburtendefizit von 30.000 Personen, das sich bis 2060 auf ca. 50.000 steigert. Zuwanderung kann das Problem mildern.

Tanja und LottarEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

30

**Szenario 1: 100 % der erwerbsfähigen
Flüchtlinge sind arbeitslos**

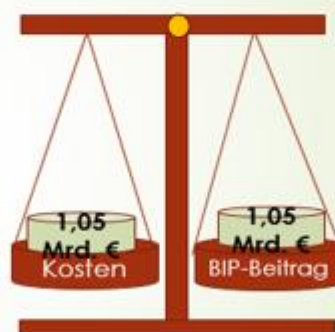


Tanja und LetharEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2018

31

**Szenario 2: 24% der erwerbsfähigen
Flüchtlinge arbeiten**



Tanja und LetharEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2018

32

Szenario 3: 50 % der erwerbsfähigen Flüchtlinge arbeiten



Tanja und LetharEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

33

V. Eine Meinung aus Italien

„Der Zustrom wird sich etwa für unsere Wirtschaft lohnen. Vielleicht nicht heute, vielleicht nicht morgen. Aber übermorgen können die Flüchtlinge eine Bereicherung sein, und das nicht nur für uns, sondern für den ganzen Kontinent. Italien, Deutschland, Frankreich, Griechenland – alle leiden darunter, dass die Gesellschaft altert, dass die Arbeitskräfte ausgehen. Die Einwanderer können das ausgleichen, vor allem natürlich die gut ausgebildeten. Europa bekommt neue Talente. Das ist doch wunderbar!“



Carlo Padoa, Italienischer Finanzminister,
Interview mit Die Welt, 9.11.2015

Tanja und LetharEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2015

34

VI. Schlussfolgerungen

- Flüchtlinge aus Staaten, die von Krieg und Bürgerkrieg verheert sind, werden voraussichtlich lange hier bleiben. Die Flüchtlinge von heute sind die Mitbürger von morgen.
- Es ist damit zu rechnen, dass sich unsere neuen Mitbürger dort niederlassen, wo sie gute Erwerbschancen haben und sich auf Netzwerke der eigenen Ethnie stützen können.
- Die Flüchtlinge sind deutlich jünger als die einheimische Bevölkerung. Sie können helfen, Deutschlands demografische Probleme zu lösen.
- Entscheidend: Gelingt die Integration in den Arbeitsmarkt?
- Der Schlüssel dafür sind die Sprache und die Qualifikation.
- Qualifikation: Wer 4000 Kilometer Flucht überstanden hat, ist stark, zäh, gewitzt, gut vernetzt und findig.

Tanja und LetharEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2018

35

VI. Schlussfolgerungen

- Mittel- und langfristig darf keine Ghettobildung zugelassen werden. Nötig ist aktive Inklusion.
- Regional ist die Aufgabe nicht lösbar. Nötig sind ...
 - eine Reform des Aufenthaltsrechts in Deutschland
 - eine Besinnung auf die Grundwerte Europas und seine Geschichte
 - eine gemeinsame Migrationspolitik der 28 EU-Staaten
 - eine aktive internationale Friedenspolitik
 - Verringerung der internationalen Ungleichheit – UN-Agenda 2030, Goal 10: „Reduce inequality within and among countries“
- Flüchtlinge sind kein Problem, das zu lösen ist. Vielmehr sind sie eine Chance und ein Potenzial.

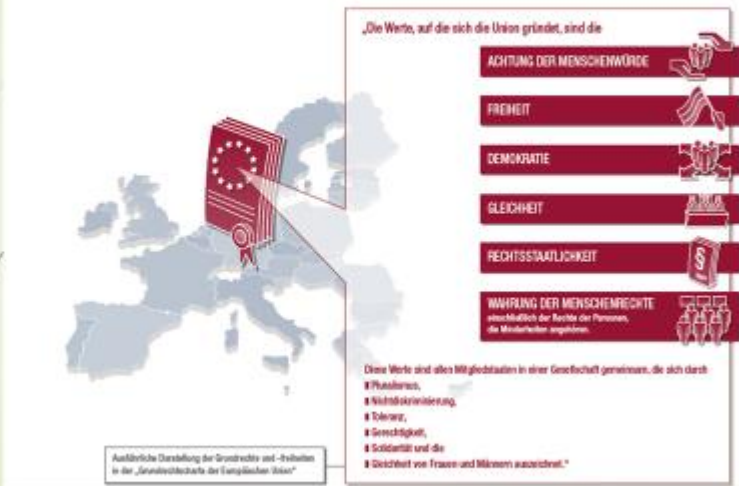


Tanja und LetharEichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2018

Die Werte der Europäischen Union

Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union (in der Fassung des Vertrags von Lissabon)



Tanja und Lottar Eichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2018



Der Anfang: Aeneas flüchtet aus Troja. Seine Flucht führt ihn nach Italien.

„Und hier finde ich neuer Begleiter riesige Anzahl hergeströmt und bin voll Staunen, Mütter und Männer, Jugend, hier zur Verbannung vereint, armselige Menge. Allseits strömten sie her, mit Mut und Mitteln gerüstet, Mir übers Meer zu folgen in was auch immer für Lande.“ (Vergil, Aeneis, 2. Buch)

Ein Nachfahre des Aeneas, Romulus, gründet Rom. Rom wird eine Stadt der Flüchtlinge und später der Ursprung der Kultur Europas.

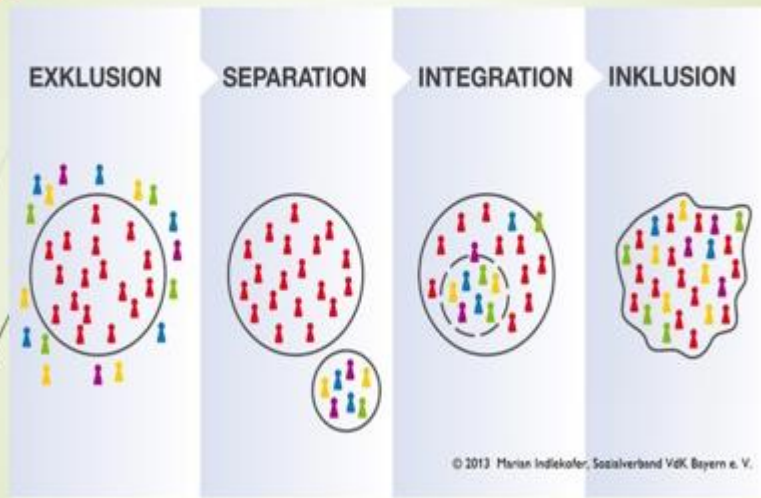
„Romulus eröffnete daraufhin ein Asyl, damit die Größe der Stadt nicht sinnlos sei, an der Stelle, die jetzt eingezäunt ist, wenn man zwischen den beiden Hainen emporsteigt. Dorthin nahmen alle möglichen Leute aus den benachbarten Stämmen Zuflucht, ohne Unterschied, ob einer frei oder ein Sklave war, auf der Suche nach einem Neubeginn, und dies war auch der Beginn für die große Kraft der Stadt.“ (Livius, Ab urbe condita, Buch I)



Tanja und Lottar Eichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2018

38



Tanja und Letha/Eichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2018

39



Tanja und Letha/Eichhorn; Konferenz der amfn e.V.

14.11.2018

**MENSCHENRECHTSORIENTIERTE FLÜCHTLINGSPOLITIK:
ERFAHRUNGEN AUS SCHWEDEN, PERSPEKTIVEN FÜR EUROP**

**Menschenrechtsorientierte
Flüchtlingspolitik: Erfahrungen aus
Schweden, Perspektiven für Europa**

Landesweite Konferenz von amfn e.V. in Hannover
14. November 2015



Dr. Bernd Parusel
Schwedisches Migrationsamt (Migrationsverket)
Swedish Migration Studies Delegation



In diesem Vortrag

- **Einleitung:** Lage in Europa
- **Flüchtlingspolitik in Schweden:** Aktuelle Trends und Herausforderungen für die Zukunft
- **Das Gemeinsame Europäische Asylsystem** und seine Probleme
- **Ausblick:** 30 Jahre Schengen - das Asylrecht entterritorialisieren?



Lage in Europa

- Flüchtlingszuwanderung steigt, aber nicht gleichmäßig in allen Mitgliedstaaten
- Regeln des Schengenraums und der Verantwortungsteilung in der EU ("Dublin-Verordnung") weitgehend außer Kraft
- Flüchtlinge reisen durch Europa, auf der Suche nach dem Zufluchtsland, das Gerüchten zufolge die besten Bedingungen bietet
- Asyl-Entscheidungspraxis der EU-Mitgliedstaaten unterscheidet sich beträchtlich
- EU erscheint hilflos – EU-interne Verteilung von Asylbewerbern klappt nicht oder nur zögerlich, Uneinigkeit über Kern und Sinn des Asylrechts
- Manche Staaten stoßen an die Grenze ihrer Aufnahmekapazität



Fluchtroute über den Balkan



Migrationsverket

Fluchtrouten von Deutschland in die nordischen Länder



Migrationsverket

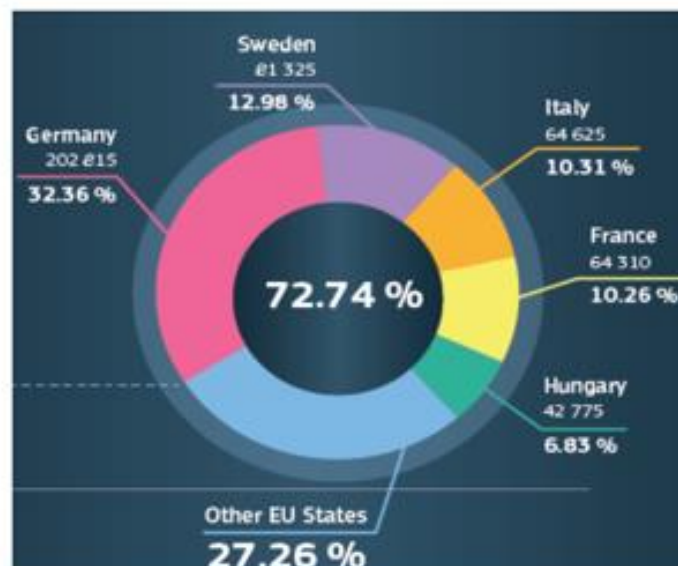
Asylanträge in der EU pro Monat (Auswahl) Juni-Sept 2015

	Juni 2015	Juli 2015	Aug 2015	Sept 2015
EU	94 140	118 920	:	:
Belgien	2 880	3 590	5 585	6 830
Bulgarien	1 630	1 870	1 445	2 075
Tschechien	105	100	:	:
Dänemark	1 090	1 035	:	:
Deutschland	35 440	37 525	36 415	43 065
Estland	25	20	:	:
Griechenland	1 120	1 235	:	:
Frankreich	5 600	5 735	:	:
Italien	5 335	8 610	8 825	:
Lettland	50	30	:	:
Litauen	10	35	35	:
Ungarn	16 580	31 285	47 095	:
Niederlande	3 085	3 160	5 500	:
Österreich	7 675	8 790	8 795	:
Polen	860	1 145	1 375	1 690
Portugal	90	70	:	:
Slowakei	10	10	10	:
Finnland	770	1 480	2 890	10 815
Schweden	6 610	8 060	11 725	24 260
United Kingdom	3 055	4 305	:	:

Quelle: Eurostat



Asylanträge in der EU (2014)



Deutschland: Höchste Asylbewerberzahl (in absoluten Zahlen)

Schweden: Höchste Asylbewerberzahl (pro 1000 Einwohner)

Quelle: EU-Kommission (Infographics Asylum)



Ähnlichkeiten bei der Asylzuwanderung in Deutschland und Schweden: Hauptherkunftsländer 2014



Syrien	30 583
Eritrea	11 499
Staatenlos	7 863
Somalia	4 831
Afghanistan	3 104
Irak	2 666
Albanien	1 699
Serbien	1 513
Kosovo	1 474
Ukraine	1 332
Andere	14 737
Summe	81 301



Syrien	41 100
Serbien	27 148
Eritrea	13 253
Afghanistan	9 673
Iran	9 499
Kosovo	8 923
Mazedonien	8 906
Bosnien-Herzegowina	8 474
Albanien	8 113
Somalia	5 685
Andere	62 060
Summe	202 834

Quellen: Migrationsverket / BAMF



Asyl in Schweden und Deutschland: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Unterschiede bei der Aufnahme der Asylbewerber (1):

- Fester Verteilungsschlüssel in **Deutschland** ("Königsteiner Schlüssel").
Freiwillige Vereinbarungen zwischen Migrationsbehörde und Gemeinden sowie Anmietung freier Unterkünfte über öffentliche Ausschreibungen in **Schweden**
- Unterschiedliche Arten der Unterbringung: Asylbewerber dürfen in **Schweden** auch in eigenen Wohnungen wohnen bzw. bei Freunden oder Verwandten
- Unterschiedliche Versorgungsleistungen (kein Sachleistungsprinzip in **Schweden**, Geldleistungen eher niedriger als in **Deutschland**)



Asyl in Schweden und Deutschland: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

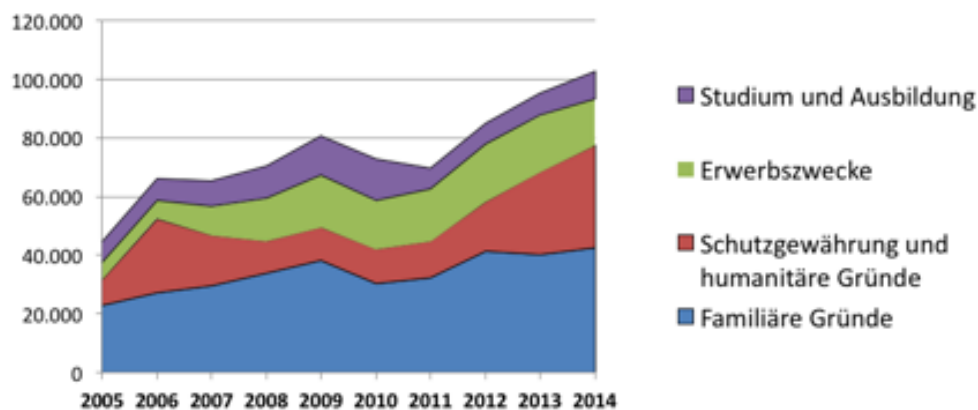
Unterschiede bei der Aufnahme der Asylbewerber (2):

- Arbeitsmarktzugang: Theoretisch von Tag 1 an in **Schweden**, nach drei Monaten in **Deutschland**
- "Sichere Herkunftsländer": gesetzlich geregelt in **Deutschland**, behördeninterne Leitlinien in **Schweden**
- **Schwedische Besonderheit**: Möglichkeit des "**Spurwechsels**" (Übergang aus gescheitertem Asylverfahren in legalen Aufenthalt als Arbeitsmigrant)



Zuwanderung in Schweden insgesamt (2005-2014)

Tabelle: Erstmalig erteilte Aufenthaltserlaubnisse an Drittstaatsangehörige (seit 2005)



Quelle: Migrationsverket

Aktuelle Herausforderungen der Einwanderung nach Schweden

- Bis zu 190 000 Asylbewerber dieses Jahr
- Akuter Wohnungsmangel (sowohl kurzfristig wie auch langfristig)
- Migrationsminister Morgan Johansson (5. November 2015): Schweden kann Neuankömmlingen kein Dach über dem Kopf mehr garantieren
- Mangel an Arbeitsplätzen, daher unklare Integrationsperspektiven
- Immer längere Wartezeiten im Asylsystem und beim Familiennachzug (viele anhängige Verfahren) trotz massiver Neuanstellungen in zuständigen Behörden
- Gesellschaftliche Akzeptanz für Einwanderung nimmt ab, Rechtspopulisten gewinnen an Rückhalt

Schweden und Deutschland im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS)

- Schweden will, dass sich alle EU-Staaten stärker an der Aufnahme von Asylbewerbern beteiligen und wenigstens "Neuansiedlung" (Resettlement) durchführen, also eine direkte Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisen- und Kriegsgebieten. (Schweden nimmt jährlich 1 900 Flüchtlinge auf diese Weise auf)
- Auch Deutschland drängt auf gerechtere Verteilung der Asylbewerber innerhalb der EU
- Diskussion über "sichere Zugangswege" nach Europa, z.B. "humanitäre Visa", Resettlement, privates Sponsoring, Weiterentwicklung der "Massenfluchtrichtlinie" – noch offener Ausgang



Neue Maßnahmen in der schwedischen Asylpolitik

- Asylverfahren beschleunigen
- Keine Leistungen und Wohnungen mehr für Ausreisepflichtige
- Befristete statt permanente Aufenthaltserlaubnisse für Flüchtlinge und andere Schutzbedürftige ohne Kinder
- Alle Kommunen sollen Asylbewerber und Flüchtlinge aufnehmen
- Mehr Praktika, frühere Sprachkurse, verbesserte Integration
- Expertenkommission zum Thema legale Zugangswege und humanitäre Visa



Legale Zugangswege und humanitäre Visa

- **Grundproblem: Asyl ist territorial, aber es gibt keine legalen Zugangswege**
- Nur ein Teil der EU-Staaten hat Aufnahmeprogramme (**Resettlement**)
- **Humanitäre Visa:** Bereits vorgesehen im EU-Visumkodex, aber nur ausnahmsweise praktisch angewandt
- Alternative: Ausnahmen von der Visumpflicht

Idee: EU schafft ein System für die **Vergabe humanitärer Visa direkt in Krisengebieten** und in Erstaufnahmeländern und Transitländern von Flüchtlingen und koppelt dies an ein **obligatorisches Verteilsystem**



Danke für Ihre Aufmerksamkeit!



Dr. Bernd Parusel
bernd.parusel@migrationsverket.se





Tanja Eichhorn und Dr. Bernd Parusel

BERICHT ÜBER DIE LANDESWEITE KONFERENZ VON AMFN E.V.

Die landesweite Konferenz von amfn e.V. fand am 14.11.2015 in Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover statt.

Ca. 170 Personen nahmen daran teil. Unter ihnen waren zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter von Migrantenorganisationen in Niedersachsen. Weiterhin waren Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik und Verwaltung so wie Fachkräfte in der Migrations- und Integrationsarbeit in Niedersachsen dabei.

Die Konferenz hatte in diesem Jahr das Thema:

„Flüchtlingen eine Perspektive bieten – aus der Perspektive der Flüchtlinge“

Nach der Eröffnung der Konferenz durch Habib Eslami (Geschäftsführer von amfn) begrüßte Dr. Tatiana Czepurnyi, als Vorstandsmitglieder der AMFN, die Gäste.

Nach der Begrüßung der Gäste bat Habib Eslami um eine **Schweigeminute** für die Opfer des Terroranschlags in Paris. Am 13. November (Tag vor der Konferenz) sind viele Menschen (130 Personen) durch die terroristischen Anschläge des sogenannten „Islamischen Staat“ IS in Paris ermordet worden.

Nach der Schweigeminute und Begrüßung der Gäste hat Habib Eslami in seiner Eröffnungsrede auf folgende Punkte hingewiesen:

*Sicherlich kann Deutschland **allein** nicht die Flüchtlingszuwanderung nach Europa und Deutschland bewältigen. Wir brauchen eine einheitliche und menschenrechtsorientierte europäische Asylpolitik. Europa soll die Flüchtlingszuwanderung gemeinsam bewältigen.*

Es geht hier aber nicht nur um die Aufnahme von Flüchtlingen, sondern viel wichtiger ist die Bekämpfung der Fluchtursachen.

Solange die Fluchtursachen nicht bekämpft und behoben werden, wird es weiterhin Flüchtlinge geben.

Danach hat Dr. Tatiana Czepurnyi die Gäste begrüßt und in ihrer Begrüßungsrede auf folgende Punkte hingewiesen:

- humane Unterbringung von Flüchtlingen
- mehr Sprachkurse für Flüchtlinge
- Integration in Bildung und Beruf

Dr. Anwar Hadeed (amfn Geschäftsführer) setzte sich im Rahmen einer ausführlichen Einführung in das Thema der Konferenz mit der Zuwanderung und Perspektiven einer Integrations- und Teilhabepolitik in Deutschland auseinander. Er stellte klar:

Flüchtlinge sind nicht aus „Jux und Dollerei“ unterwegs. Sie haben schwerwiegende Gründe: Dabei ist es aus meiner Sicht zweitrangig, ob sie katastrophale wirtschaftliche Verhältnisse in ihrer Heimat nicht länger ertragen können oder aus anderen (z.B. politischen) Gründen in Not sind und ihr Land verlassen mussten. Es ist die moralische Pflicht eines jeden Landes, erst recht aber eines kulturell und materiell so reichen Landes wie Deutschland, Menschen in Not aufzunehmen und ihnen den Aufbau eines besseren Lebens zu ermöglichen und zwar so viele wie möglich.

Nach der Einführung von Dr. Hadeed hat **Frau Sozialministerin Cornelia Rundt** in ihrem Vortrag folgende Punkte erwähnt:

Ich bedanke mich für Ihre Einladung und freue mich, wieder bei Ihnen zu sein - und bitte schon jetzt um Verständnis, dass ich heute nicht lange bleiben kann, da ich gleich eingeladen bin, bei einer anderen Veranstaltung eine Rede zu halten!

Sehr gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, zum Thema „Zuwanderung als Chance und Herausforderung – die aktuelle Entwicklung der Flüchtlingssituation in Niedersachsen“ zu sprechen.

Zur Willkommenskultur in Niedersachsen betonte Frau Ministerin:

Eine Etablierung der Willkommenskultur in Niedersachsen hat das wesentliche Ziel, gesellschaftliche Unterstützung und Verantwortung zu fördern. Deshalb setzt eine Anerkennungs- und Willkommenskultur auch zunächst bei den Ausländerbehörden an, denn hier findet die erste offizielle Begegnung der Zuwandernden mit unserem Land statt.

Mit folgenden Punkten hat Frau Ministerin ihre Rede beendet:

Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass und Rechtsextremismus haben in Niedersachsen nichts zu suchen! Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat und eine wache Zivilgesellschaft.

Ich wünsche mir, dass wir alle - also Politik und Gesellschaft - auch zukünftig für eine Flüchtlingspolitik eintreten, die mit dem Credo „Willkommen“ und „Chancen bieten“ versehen ist. Deutschland ist nicht nur ein Einwanderungsland, sondern auch ein „Migrationsland“.

Im zweiten Teil stellten **Prof. Lothar Eichhorn und Frau Tanja Eichhorn** die aktuellsten Daten und Fakten hinsichtlich der neuen Flüchtlingsbewegung in Niedersachsen dar. Sie betonten in ihrem Vortrag u.a. die folgende Erkenntnis:

Nationale Besonderheiten, geographische Tatsachen und internationale Verflechtungen spielen eine wichtige Rolle. Diese sind erst dann erkennbar, wenn der niedersächsische Blickwinkel verlassen wird und die Migrationsströme aus internationaler oder der Perspektive dieser Staaten untersucht werden.

Auch die wirtschaftlichen Vorteile der Zuwanderung anhand eindrucksvoller Zahlen von Ausgaben für die Flüchtlinge und die Einnahmen bei nur einer geringen Quote der Arbeitsaufnahme wurden durch Grafiken in dem Vortrag aufgezeigt werden.

Danach hat **Dr. Bernd Parusel** in einen Vortrag über Menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik und Erfahrungen aus Schweden berichtet und daraus Perspektiven für die europäische Flüchtlingspolitik aufgezeigt:

Schweden will, dass sich alle EU-Staaten stärker an der Aufnahme von Asylbewerbern beteiligen und wenigstens "Neuansiedlung" (Resettlement) durchführen, also eine direkte Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisen- und Kriegsgebieten. (Schweden nimmt jährlich 1 900 Flüchtlinge auf diese Weise auf).

Im Anschluss an diesem Panel folgte ein Dialog mit dem Publikum, an dem die erwähnten Referentinnen und Referenten teilnahmen.

Nach dieser Diskussionsrunde haben **3 Flüchtlinge durch ihre eigene Schicksale** über Flucht, Flüchtlingsaufnahme und deren Betreuung in Niedersachsen eindrucksvoll berichtet (**Deutsch/Englisch**).

Anschließend haben **Dr. Peyman Javaher Haghighi** und Herr **Augustus Kofi Essel** (amfn Vorstandsmitglied) sich mit der Flüchtlingssituation in Niedersachsen und deren ehrenamtlichen Betreuung auseinandergesetzt und exemplarisch haben sie ihre aktuellen Projekte den Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz präsentiert.

Zum Schluss bedankte sich **Habib Eslami** bei den Referentinnen und Referenten, Podiumsteilnehmerinnen/ er, den Moderatorinnen Frau Petra Gargiso, Beate Seusing und bei den Gästen der Konferenz.

DER FORDERUNGSKATALOG DER KONFERENZ AM 14.11.2015

9. *Flüchtlinge sind für unser Land kein Problem, sie sind eine Bereicherung und im Zuge des demografischen Wandels in unserer Gesellschaft eine Chance.*
10. *Deutschland, darunter auch unser Bundesland Niedersachsen, steht vor einer großen Herausforderung. Die Bevölkerung leistet, unabhängig ihrer Herkunft und Kultur, bei der menschenwürdigen Behandlung und Aufnahme von Flüchtlingen eine hervorragende ehrenamtliche Arbeit. Ohne dieses Engagement konnten wir und können wir diese enorme Herausforderung nicht bewerkstelligen.*
11. *Die Bundesregierung darf einerseits nicht mit ihrer „zickzack“ Politik diese wichtigen Leistungen der Ehrenamtlichen gefährden und andererseits Öl ins Feuer der rechten Gruppierungen gießen.*
12. *Wir verurteilen die Kasernierung von Flüchtlingen an deutschen Grenzen. Die Registrierung und Aufnahme von Flüchtlingen und ihre Verteilung soll schnell und human durchgeführt werden.*
13. *Wir verurteilen die Behinderung des Familiennachzuges von syrischen Flüchtlingen. Sie sollten sogar vorrangig behandelt werden.*
14. *Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland. Abschiebungen nach Afghanistan sind unmenschlich und inakzeptabel.*
15. *Wir brauchen eine einheitliche und menschenrechtsorientierte europäische Asylpolitik. Europa soll die Flüchtlingszuwanderung solidarisch gemeinsam bewältigen.*
16. *Solange die Fluchtursachen nicht bekämpft und behoben werden, wird es weiterhin Flüchtlinge und Flüchtlingszuwanderungen nach Europa geben.*
17. *Flüchtlinge sollen so früh wie möglich für den Arbeitsmarkt vorbereitet werden.*
18. *Das Erlernen der deutschen Sprache ist für die Integration und Teilhabe entscheidend. Die Sprachförderung für Flüchtlinge soll von Beginn an angeboten und zeitlich verlängert werden. Alle Kinder und Jugendlichen sollen gleiche Erfolgschancen erhalten.*
19. *Wir brauchen eine Bildungs- und Schulpolitik, die vielfältig und der gesellschaftlichen Veränderung gewachsen ist.*

Die neue Flüchtlingsbewegung und Zuwanderung ist eine große Herausforderung. Sie zu gestalten ist sinnvoller, als sie zu erleiden. Nutzen wir die Gunst der Stunde.

Diese Aufgabe ist enorm schwierig, aber machbar.

Konferenzleitung

EINBLICKE.....





amfn_{e.V.}

**Dokumentation der Landesweiten Konferenz von amfn e.V.
am 14. November 2015 in Hannover
(Vorgetragene Vorträge)**

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen e.V.
amfn e.V.

Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover

Onlinebestellung: eslami@amfn.de